

SP

# ASPEKTE

Informationsblatt der Sozialdemokratischen Partei Bümpliz/Bethlehem

Mai 2023

49. Jahrgang

Erscheint 4–8 x jährlich



Liebe Genossinnen und Genossen

Die Bundespolitik der letzten Wochen war sehr nervenaufreibend. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit verabschiedete ein inakzeptables Gesetz zur beruflichen Vorsorge. Wer ein Leben lang hart arbeitet, muss immer mehr zahlen und erhält immer weniger, während sich Banken und andere Finanzdienstleister weiterhin schamlos bereichern dürfen. Im gleichen Atemzug rettete der Bundesrat die CS. Für die Bankenrettung ist Geld da, für die Bevölkerung nicht.

Als politisch aktive Menschen haben wir es in der Hand, Abhilfe gegen die bürgerliche Politik zu schaffen. Wir müssen uns einsetzen für eine sozialere Politik: bei Wahlen, bei Abstimmungen und beim Unterschriftensammeln, zum Beispiel beim Referendum gegen die BVG-Reform. Besonders mobilisieren müssen wir für den Wahlsonntag am 18. Juni.

Auf städtischer Ebene werden wir gleich über 11 (!) Vorlagen abstimmen. Hier steht für uns das neue Personalreglement im Vordergrund. Eine riesige Chance, Bern als Leuchtturm für fortschrittliche Arbeitsbedingungen zu positionieren.

Auf kantonaler Ebene stimmen wir zum ersten Mal über die Elternzeit ab. Diese längst fällige Initiative wurde von der SP eingereicht.

Auf nationaler Ebene stimmen wir über die OECD-Steuervorlage ab. Das bürgerlich dominierte Parlament hat ein gut gemeintes Steuerprojekt zerfetzt, zu Gunsten der Konzerne, zu Ungunsten des Gemeinwohls. Deshalb ist unser Nein höchst wichtig. Ja sagen wir zum Klimaschutz-Gesetz, das wichtige Leitplanken für eine klimafreundliche Zukunft definiert.



Ich freue mich, euch alle am 24. Mai zu sehen. Dann diskutieren wir über die anstehenden Abstimmungen und Wahlen, unter anderem mit dem Co-Präsidenten der SP Schweiz, Cédric Wermuth.

*Michael Spahr*

*Co-Präsident SP Bümpliz/Bethlehem*

# Öffentliche Mitgliederversammlung

**Datum: Mittwoch, 24. Mai 2023, 19.45 Uhr**

**Ort: Restaurant Tscharnergut**

Neumitglieder sind herzlich eingeladen, sich für ein erstes Kennenlernen schon um 19.15 Uhr mit Vorstandsmitgliedern zu treffen.

## **Öffentlicher Teil:**

19.45 Uhr

**Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz, spricht über die Wahlen 2023. Anschliessend Fragerunde und Diskussion unter der Leitung von Grossrätin und Nationalratskandidatin Meret Schindler**

20.30 Uhr

**Podiumsdiskussion zum Personalreglement der Stadt Bern. Chandru Somasundaram (SP-Stadtrat und Nationalratskandidat) und Florence Schmid (FDP-Stadträtin) diskutieren unter der Leitung von Walter Langenegger.**

21.15 Uhr

## **Nicht-öffentlicher statuarischer Teil:**

1. Genehmigung Traktandenliste
2. Genehmigung Protokoll der letzten MV (18. Januar 2023)
3. Wahl Delegierte SP Bümpliz/Bethlehem für Nationalen Parteitag  
Es kandidieren:
  - Irène Marti Anliker (bisher)
  - Szabolcs Mihalyi (bisher)
  - Walter Langenegger (bisher)
  - Conrad Krausche/Michael Spahr (neu, teilen sich Mandat)
  - vakant
4. Mitteilungen und Mutationen
5. Varia

**Kandidaturen für den Nationalen Parteitag bitte bis am 15. Mai an: [info@spbb.ch](mailto:info@spbb.ch)**

## Städtische Abstimmung: Personalreglement

# Bern ist sozial: Darum ein Ja!

**Bern ist eine soziale Stadt. Darauf sind wir stolz. Daher gehen wir auch mit gutem Beispiel voran, wenn es um Löhne und Arbeitsbedingungen geht. Am 18. Juni haben wir die Chance dazu: Mit einem Ja zum Personalreglement verbessern wir die soziale Sicherheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für das städtische Personal und gewährleisten damit einen guten Service Public.**

Die städtischen Beschäftigten sind unsere Angestellten! Ob Sachbearbeiterin, Strassenreiniger, Tiefbau-Ingenieurin, Kita-Betreuer, Gärtnerin oder Feuerwehrmann: Sie alle arbeiten für uns und sorgen dafür, dass die Stadt funktioniert. Darum muss es uns wichtig sein, faire Arbeitsbedingungen zu garantieren.



**Guter Service public:  
JA zum Personalreglement**

Mit dem neuen Personalreglement werden wir dem gerecht. Kernstück der Revision sind ein vorgeburtlicher Urlaub von drei Wochen, eine Elternzeit von sechs Wochen und ein Vaterschaftsurlaub von acht Wochen. Das entlastet die Familien. Weiter werden ein Mindestlohn von 52 000 Franken eingeführt, das Krankentaggeld auf 730 Tage verlängert und Temporär-Beschäftigte dem Personalreglement unterstellt. Das bedeutet mehr soziale Sicherheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt.

Festgeschrieben wird zudem, dass der Teuerungsausgleich bei guter finanzieller Lage vollumfänglich ausbezahlt wird. Das schützt die Löhne. Kostenpunkt der Revision: 300'000 Franken – ein bescheidener Betrag bei einem städtischen Budget von 1,3 Mrd. Franken!

All dies dient neben dem Personal uns allen: Neuerungen wie der Vaterschaftsurlaub oder der Mindestlohn fördern die Motivation des städtischen Personals, einen guten Job zu machen und sich für den Service Public zu engagieren. Zudem trägt die Revision dazu bei, dass unsere Stadt angesichts des Fachkräftemangels als Arbeitgeberin attraktiv bleibt.

Das neue Personalreglement hat auch einen positiven Effekt auf den privaten Sektor. Damit steigt nämlich der Druck auf die Wirtschaft, ebenfalls für fortschrittliche Arbeitsbedingungen zu sorgen. Von einem Ja profitieren indirekt also alle Beschäftigten, vom Supermarkt-Verkäufer bis zur LKW-Chauffeurin.

*Walter Langenegger*

### **Neben dem Personalreglement stimmen wir über 10 weitere Vorlagen ab, zu denen die SP Stadt Bern die Ja-Parole empfiehlt:**

- Genereller Entwässerungsplan: Rahmenkredit mittelfristige Massnahmen
- Aufwertung des Strassenraums im Zuge des Ausbaus des Fernwärmenetzes: Rahmenkredit
- Sanierung Kornhausbrücke: Verpflichtungskredit
- Viererfeld/Mittelfeld: Abgabe von zwei Landflächen im Baurecht
- Parkiergebühren: Teilrevision des Gebührenreglements
- Anwohnendenparkkarten: Teilrevision des Gebührenreglements
- Betriebsbeiträge an 4 Kulturinstitutionen für die Jahre 2024–2027: Verpflichtungskredite (vier Vorlagen zu Bernisches Historisches Museum, Bühnen Bern, Kornhausbibliotheken, Dampfzentrale Bern)



## Kantonale Abstimmung: Elternzeit

# Höchste Zeit für Elternzeit!

Mit einer Elternzeit werden junge Familien stärker entlastet und die Gleichstellung verbessert. Dank der Elternzeit steigt bei den Frauen die Erwerbsquote, was eines der wichtigsten Mittel gegen den akuten Fachkräftemangel ist. Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen empfiehlt zusätzlich zur eidgenössischen Lösung 24 Wochen Elternzeit. Im internationalen Vergleich ist dies moderat. Die OECD-Länder gewähren eine durchschnittliche Elternzeitdauer von 51 Wochen.



**Für die Familie:** Dank der Elternzeit wird die Beziehung zwischen den Eltern und dem Kind gefördert sowie die psychische und physische Gesundheit gestärkt. Insbesondere Väter erhöhen ihr Engagement gegenüber dem Kind und übernehmen deutlich mehr Verantwortung.

**Für die Vereinbarkeit:** Die Elternzeit ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf während der ersten, intensiven Jahren. Die Elternzeit hilft Eltern freier zu entscheiden, wer nach der Elternzeit welchen Anteil an Erwerbs- und Betreuungsarbeit übernimmt.

**Für die Gleichstellung:** Mit der Elternzeit wird die Aufgabenteilung bei der Betreuungsarbeit gerechter. Zudem verbessern sich die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Die Elternzeit mindert die Diskriminierung bei Anstellungsentscheidungen und Löhnen.

**Für die Volkswirtschaft:** Steigt bei Frauen die Erwerbsquote, hilft das gegen den Fachkräftemangel. Modellrechnungen gehen davon aus, dass ein leichter Anstieg der Erwerbsquote genügend zusätzliche Steuereinnahmen einbringt, um die Kosten der Elternzeit zu decken.

**Für den Kanton Bern:** National geht es mit der Elternzeit nicht vorwärts. Darum müssen progressive Kantone den ersten Schritt machen, wie sie das auch schon beim Frauenstimmrecht und der AHV gemacht haben. Das macht den Kanton Bern auch für Fachkräfte attraktiver.

## Nationale Abstimmung: OECD-Steuer

# Warum ein Nein zu dieser Steuer?

**Die OECD-Steuer, über die wir am 18. Juni abstimmen, ist eine gute Sache. Damit werden die Konzerne gezwungen, wenigstens ein Minimum an Steuern zu zahlen. Aber Achtung: Wir müssen trotzdem ein Nein einwerfen. Denn: Die Bürgerlichen wollen die Erträge daraus wieder den Konzernen zuleiten. Mit einem Nein können wir das verhindern.**

Bisher erpressten die Multis die Nationen, indem sie dort Steuern zahlten, wo die Tarife am niedrigsten waren. Die OECD wehrt sich nun dagegen: Alle Konzerne mit einem Umsatz von über 750 Mio. Euro müssen ab 2024 mindestens 15 Prozent Steuern zahlen. Das gilt auch für die Schweiz. 200–300 Multis und 2000 Ableger von ausländischen Konzernen sind hierzulande davon betroffen. Sie werden künftig insgesamt zwischen 1,5 bis 2,5 Mrd. Franken zusätzlich an Steuern entrichten müssen.

Für viele Kantone wird es damit schwieriger, ihre Steuerdumping-Politik fortzusetzen. Aber die Schweiz hat keine Wahl. Sie muss mitmachen, weil das Ausland sonst die in der Schweiz ansässigen Konzerne direkt besteuern kann. Um ihr Steuerdumping-Modell gleichwohl zu retten, haben die Bürgerlichen getrickst: Sie setzten durch, dass der Bund Standortförderung für Konzerne betreiben muss und dass 75 % der Einnahmen den Tiefsteuer-Kantonen zufließen. Die Absicht dahinter ist, mit diesen Geldern neue Entlastungen für Unternehmen, Aktionärinnen und Aktionäre zu finanzieren.

Darum hat der SP-Parteitag die Nein-Parole beschlossen. Die SP-Delegierten wollen, dass die Zusatzerträge den Menschen zugutekommen und nicht den Konzernen. Mit dem Nein kann eine faire Verteilung der Mittel realisiert werden. Ein Risiko gehen wir damit nicht ein. Denn niemand in der Schweiz wird zulassen, dass das Ausland Steuern in der Schweiz erhebt. Darum wird Bundesbern nach einem Nein rasch ein neues, besseres Gesetz vorlegen.

*Walter Langenegger*



JA zum Personalreglement  
am 18. Juni 2023

## Öffentliche Mitgliederversammlung der SP Bümpliz/Bethlehem

Mittwoch, 24. Mai 2023, 19.45 Uhr  
Restaurant Tscharnergut  
Waldmannstrasse 21, 3027 Bern

Cédric Wermuth (Co-Präsident SP Schweiz) im  
Gespräch mit Meret Schindler (Grossrätin SP)

Chandru Somsundaram (Stadtrat SP) und  
Florence Schmid (Stadträtin FDP) diskutieren  
über das Personalreglement der Stadt Bern



## Nächste Daten

**Sonntag, 18. Juni 2023, 10.00 Uhr**

Unterschriftensammeln am Abstimmungssonntag, Bienggut.

**Mittwoch, 5. Juli 2023, 18.30 Uhr**

Sommer-Event mit Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

**Samstag, 2. September 2023, ganzer Tag**

Bümpliz-Märit mit den SP-National- und Ständeratskandidat:innen

**Mittwoch, 13. September 2023, 19.45 Uhr**

Mitgliederversammlung, Restaurant Tscharnergut.

**Sonntag, 22. Oktober 2023, 10.00 Uhr**

Unterschriftensammeln am Wahl- und Abstimmungssonntag

**Jeden Samstag, 11.00 Uhr**

Stamm der SP Bümpliz/Bethlehem, Osteria da Santo

*Impressum:*

*Redaktion ASPEKTE*

*Michael Spahr (sozi@rhaps.com)*

*Druckerei Hofer Bümpliz AG*

*Wangenstrasse 57, 3018 Bern-Bümpliz*

*info@druck-atelier.ch*

*druckfrisch*

*Das Aspekte wird auf Refutura-Papier gedruckt.*

*100% rezykliert und CO2 neutral.*